

II— **852** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. **485** J

1976 -06- 11

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. HÖCHTL
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Jugendliche sind stets von dem Phänomen der Arbeitslosigkeit deswegen besonders betroffen, weil aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation die einzelnen Betriebe jene älteren Arbeitskräfte, die durch Pensionierung ausscheiden - also der Teil an Arbeitskräften, den man den natürlichen Abgang nennt - nicht durch junge Kräfte ersetzen; das bedeutet: die Aufnahmesperre dient als geeignetes Mittel, Rezessionen für die Beschäftigten möglichst erträglich zu gestalten.

Aufnahmeschwierigkeiten treffen aber die Jugendlichen am stärksten: ein weit überproportionaler Teil der Jugendlichen wird oder bleibt dadurch arbeitslos!

Öffentliche Betriebe, Ämter und Behörden verhängen eine mehr oder minder rigorose Aufnahmesperre: dadurch trägt der Staat noch zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme für die Jugendlichen bei.

Diese Situation trifft den Lehrling genauso wie den Abgänger von allgemein bildenden oder berufsbildenden höheren Schulen und macht auch vor den Absolventen der Universität nicht halt.

Ende 1975 mußten wir durch die Meldungen bei den Arbeitsämtern feststellen, daß rund 3.500 Arbeitssuchende unter 20 Jahren vorgemerkt waren, zusätzlich etwa 1.400 Lehrlinge keinen Lehrplatz finden konnten und eine unbekannte Anzahl von Jugendlichen, die sich den Weg zum Arbeitsamt erspart haben, weil sie kein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat aber in seiner Prognose für die zweite Hälfte des Jahres 1976 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit vorhergesagt, was insbesondere am Lehrstellenmarkt bedeuten wird, daß sich die Lage gegenüber dem Sommer 1975 weiter verschlechtern wird.

Bis in die frühen Achtziger Jahre wird es aufgrund der starken Geburtsjahrgänge ein weiteres Ansteigen des inländischen Angebots an jugendlichen Erwerbstätigen geben und dadurch die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze erforderlich machen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Was haben Sie bisher konkret zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unternommen?
- 2) Wie lauten die neuesten Ziffern über jugendliche Arbeitslose in Österreich?
- 3) Welche Probleme hinsichtlich der Unterbringung von Schulabgängern in Lehrstellen erwarten Sie im Sommer 1976?
- 4) Was beabsichtigen Sie konkret zu unternehmen, um ein weiteres Steigen der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern?